

# **Berthold Grzywatz**

## **Die Kontinuität des Erinnerns – eine Forschungsstrategie.**

Jubiläen sind häufig Anlass historischer Reflexion und Ausgangspunkt bemühter Forschungsanstrengungen, die sich in Annäherung an ein herausragendes Datum dem Jubilar als Untersuchungsobjekt zuwenden, um dann, nach dem Verstreichen eines Jahrestages, als abgeschlossenes Gedenken wieder dem Vergessen anheimzufallen. Das mag nicht einmal verwerflich sein, da sich das alltägliche Leben einer Permanenz der Auseinandersetzung widersetzt und auch eine pluralistische Gesellschaft nicht auf ritualisierte Formen des Gedächtnisses verzichten kann. Doch im Falle des Bundes der Verfolgten des Naziregimes käme ein solcher Weg dem Eingeständnis gleich, bei einer wesentlichen Aufgabe versagt zu haben. Wenn irgendwo die Gegenwart der Geschichte, die Verpflichtung, das Vergessen nicht zu dulden, zur dauernden Wirksamkeit gehört, dann im Rahmen der jahrzehntelangen politisch-moralischen Tätigkeit der ehemals Verfolgten. Wo das eigene Leben, die eigene Existenz immerwährende Mahnung ist, bedarf das Erinnern der Kontinuität. Jeder Bruch bedeutet aber, möglicherweise den Bezug zu der stets von neuem aufgenommenen Arbeit zu verlieren, über den Verweis auf das eigene Schicksal die Erinnerung an die Ursachen und Konsequenzen des nationalsozialistischen Unrechtsregimes als politische Konstante der deutschen Demokratie wachzuhalten.

Die geschichtliche Forschung sieht sich hier mit der Forderung konfrontiert, sich dem permanenten Nachfragen, der Überprüfung ihrer Fragestellungen und Urteile, ihrer Bedingtheit durch zeitgenössische politische Einflüsse zu stellen. Es gilt, die enge Verknüpfung zwischen politischer Deutung und zeithistorischer Forschung in praktisch-politischer Perspektive aufzuschlüsseln. Die Forschungsstelle Deutscher Widerstand hat sich in Verbindung mit der Gedenkstätte dieser Aufgabe gestellt, indem sie die vergleichende Rezeptionsgeschichte des Widerstands nach längeren Vorarbeiten zu einem Schwerpunkt ihrer aktuellen Forschungen machte.

Der Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur verpflichtet zur rezeptionshistorischen Analyse, da er nicht nur ein tragendes Element der öffentlichen Auseinandersetzung mit Geschichte, sondern ebenso Bestandteil des demokratischen Selbstverständnisses wie des historisch vermittelten Bildes vom anderen, besseren Deutschland ist. Untersuchungen zur Zeitbedingtheit der Urteile über den Widerstand und zur Einflussträchtigkeit geschichtlicher Auseinandersetzung mit Formen oppositionellen Verhaltens auf die zeitgeschichtlichen Forschungsperspektiven werden gleichsam zum Spiegelbild

der politischen Kultur. Sie verdeutlichen Entwicklungslinien der politischen Standorte in Staat und Gesellschaft und geben insofern Aufschluss über die gewachsene innere Verfassung der Demokratie.

In diesem Zusammenhang ist es naheliegend, die Geschichte und Funktion der Verfolgtenorganisationen im Nachkriegsdeutschland in die Forschung einzubeziehen. Die in anderen Zusammenhängen nicht zu vernachlässigende begriffliche Differenzierung zwischen Widerstand und Verfolgung ist hierbei für die rezeptive Fragestellung von untergeordneter Bedeutung, da sich der Vereinigungspunkt der Betroffenen auf das allgemeine Moment der Ausgrenzung durch das Unrechtsregime, nicht aber auf die Art der Verfolgung konzentriert. Das Bekenntnis zum Widerstand als verpflichtendem Erbe gehörte indessen zum Selbstverständnis der Verfolgtenorganisationen. Für den Bund der Verfolgten des Naziregimes war und ist das Bewahren seiner Erinnerung ebenso eine grundlegende Gegenwart und Zukunft bestimmende politisch-pädagogische Aufgabe im demokratischen Gemeinwesen wie er für jeden einzelnen seiner Mitglieder eine Art Vermächtnis darstellt, in dessen Geiste es fortzuwirken gilt.

In gewisser Weise vereinigt die Historie der Verfolgtenverbände die Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte des Widerstands. Einerseits organisatorischer Ausdruck der Kontinuität des Widerstandserbes und seiner praktischen Umsetzung im politischen Engagement für eine freiheitlich demokratische Ordnung, eröffnet sie andererseits den Zugriff auf die verschiedenen Facetten der Wahrnehmung des Widerstands in der Bundesrepublik. Einer Wahrnehmung in doppelter Perspektive: nach innen erhellt sie die Selbstreflexion über die Wirkungen der eigenen Deutungsmuster, während sie nach außen den Blick auf die Konfrontation mit dem Bild des Widerstands in der Gesellschaft und seines Wandels eröffnet.

Die Forschungsstelle Widerstandsgeschichte der Freien Universität Berlin und die Gedenkstätte Deutscher Widerstand haben sich auf der Grundlage dieser Fragestellungen schon frühzeitig um die Bestandssicherung der überlieferten Akten des BVN bemüht. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter ist Herr Dr. Berthold Grzywatz beauftragt, sowohl die Ausarbeitung und Durchführung des wissenschaftlichen Projektes als auch die Aufnahme und Auswertung bislang noch nicht zugänglicher Aktenbestände zu übernehmen. Im Rahmen einer beispielhaft angelegten Studie über „die Verfolgten des Nationalsozialismus in der deutschen Nachkriegspolitik“ werden auch die Akten des Zentralverbandes Deutscher Widerstands- und Verfolgtenorganisationen in Bonn sowie die Unterlagen weiterer Landesverbände, die dem BVN nahestehen oder mit ihm kooperieren, in die historische Analyse einbezogen.

Der Berliner Bund der Verfolgten des Naziregimes hat die genannten Forschungsziele von Beginn an nicht nur mit stetem Interesse begleitet, sondern in mancherlei Hinsicht auch selbst Impulse gegeben. War es zunächst die vernachlässigte Geschichte der von der nationalsozialistischen Rassegesetzgebung betroffenen, zum Christentum konvertierten Juden, auf die der BVN aus naheliegenden Gründen die Aufmerksamkeit der wissenschaftlichen Forschung zu richten suchte, so rückte schon bald die Stellung der Verfolgtenorganisation in der Nachkriegsgesellschaft und ihr politischer Beitrag zur Behauptung von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Mittelpunkt historiographisch angelegter Fragen. Neben diesen Anregungen steht aber, wie es bereits in den frühen Bundessatzungen formuliert ist, die zentrale Aufgabe des Verbandes, das Verständnis für die Probleme der im nationalsozialistischen Deutschland Verfolgten zu vertiefen sowie die Öffentlichkeit über nationalistische und totalitäre Bestrebungen aufzuklären.

Die Entwicklung der zeitgeschichtlichen Forschung wie der zeitgeschichtlich fundierten politischen Bildung in Schule und Universität musste den ehemals Verfolgten daher ein besonderes Anliegen sein. Mit diesem Bemühen förderte der Bunde der Verfolgten des Naziregimes einen kreativen Dialog, der notwendigerweise nicht frei von Spannungen sein konnte. Die wissenschaftliche Forschung musste sich immer wieder der Frage nach ihrer politischen Verantwortung stellen. Der an praktischer Erziehungsarbeit orientierte Verfolgtenbund sich hingegen dem Problem öffnen, dass der Erkenntnisprozess der Wissenschaft selbständig entwickelten Fragestellungen folgt, die keineswegs stringent aus der verpflichtenden Verbindung mit den politisch-pädagogischen Zeitaufgaben hervorgehen oder von ihnen dominiert werden. Dass die Spannung trotzdem fruchtbar blieb, lag nicht zuletzt am antitotalitären Konsens der Demokratie und ihrem erklärten Willen, die Erinnerung an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft zu bewahren. Wenn wir heute an einem Ort wie der Gedenkstätte Deutscher Widerstand ein halbes Jahrhundert politisches Engagement der ehemals Verfolgten würdigen, dann auch im Bewusstsein des Dialogs, der nicht wenig dazu beitrug, der Öffentlichkeit ein pluralistisches Gesamtbild des Widerstands zu vermitteln.